

Wirtschaftsethische Splitter zur Coronakrise

Von Joachim Wiemeyer

Kurz nach Ostern 2020 kann niemand sagen, welche vielfältigen Folgen die weltweite Pandemie hat. Diese betreffen zu allererst das Bewusstsein der einzelnen Menschen (etwa ihre Einstellung zu Krankheit, Tod und Konsum). Auch die ökonomischen Konsequenzen für die einzelnen Menschen (als Arbeitnehmerinnen, Selbständige, Kapitalanleger), für Unternehmen, Staaten, die EU und die Weltwirtschaft sind nicht absehbar. Dies gilt zumal, weil das Virus viele Ländern des globalen Südens wohl noch gar nicht erreicht hat. Wird dort die Mehrheit der Bevölkerung, weil unter 20 Jahre alt, kaum tangiert werden oder wegen des schlechteren Gesundheitszustand der Bevölkerung, der schlechten Wohnbedingungen in Elendssiedlungen der Megacities und das unzureichende Gesundheitswesen zu besonders hohen Opferzahlen führen?

Auch die politischen Konsequenzen sind nicht absehbar, wenn sich autoritäre Regime in der Virus-Bekämpfung nicht nur in ihrer Propaganda und durch Manipulation der Statistiken gegenüber westlichen Demokratien als überlegen erweisen sollten. Oder nehmen auch in westlichen Industrieländern die Menschen Einschränkungen ihrer Freiheitsrechte auch längerfristig klaglos hin?

Aus der Fülle möglicher Herausforderungen und Probleme sollen hier einige wirtschaftsethische Fragestellungen angerissen werden, wobei in einem ersten Teil Probleme benannt werden, in einem zweiten Teil Herausforderungen der Krise angedeutet werden und in einem dritten Teil aber auch Hoffnungsdimensionen aufgezeigt werden, wie es mittelfristig über die Krise hinaus es zu positiven Veränderungen kommen kann.

Offenlegung vorhandener Probleme durch die Coronakrise

Globalisierung: In der jetzigen Krise hat sich die Globalisierung in mehrfacher Hinsicht als problematisch erwiesen. Sie legt gewissermaßen eine Überglobalisierung, eine zu weit fortgeschrittene Globalisierung offen. Dies gilt deshalb, weil zwar der nationale Verkehr durch Benzin- und andere Steuern (unzureichend) belastet wird, nicht aber der internationale Verkehr. Nicht nur die Klimafolgen, sondern vielfältige andere Umweltbelastungen (Lärm, Luft- und Meeresverschmutzung) werden in keinster Weise berücksichtigt, sondern machen den Transport von Menschen wie von Gütern zu billig. Weiterhin werden in einer globalen Wirtschaft die Güter dort produziert, wo diese am günstigsten sind. Dies kann aber zu einer gefährlichen Konzentration auf bestimmte Unternehmen oder Länder führen. Nicht nur durch Pandemien, sondern auch durch Kriege und Bürgerkriege, politische Unruhen, Naturkatastrophen wie Erdbeben, Tornados etc. könnten Lieferketten unterbrochen werden bzw. einseitige Abhängigkeiten auch zur Ausübung wirtschaftlichen und politischen Drucks ausgenutzt werden. Im Wettbewerb um die günstigsten Preise waren private Unternehmer nicht bereit, Risikoprämien für breite Alternativen zu zahlen, die staatliche Wirtschaftspolitik hatte sie aber auch nicht dazu angehalten oder war selbst nicht aktiv geworden.

Finanzmärkte: Die Staaten und die Notenbanken haben nach Ausbruch der Pandemie mit Rettungspaketen im Volumen von Billionen Euro bzw. Dollar reagiert und sollten beruhigt werden. Dabei waren die realwirtschaftlichen Folgen noch nicht absehbar, aber die übernervösen Finanzmärkte hatten bereits reagiert. Es kam zu riesigen Kursschwankungen und hohen Handelsvolumen an der Weltbörsen. Der Wert einzelner Unternehmen schwankte innerhalb weniger Tage, manchmal weniger Stunden, um hohe Milliardenbeträge, obwohl sich real wenig geändert hatte. Die Kursauschläge wurden durch spekulative Leerverkäufe (Finanzmarktakteure leihen sich Aktien, verkaufen diese, hoffen damit den Kurs weiter zu drücken, um die Aktien dann billiger zurückkaufen zu können, um sie dann dem Verleiher zurückzugeben). Warum sollten öffentliche Schuldtitel nicht von Erwerber bis zur Endfälligkeit behalten werden? Warum sollten Aktienbesitzer sich nicht dauerhaft für Unternehmen interessieren und auch

Durststrecken mitgehen, so dass Unternehmensaktien im Schnitt nur alle 10 Jahre gehandelt werden? Könnten damit nicht 95% -98% aller Börsentransaktionen entfallen, z. B. wenn es wieder Börsenumsatzsteuern oder neu Finanzmarkttransaktionssteuern geben würde?

Unternehmen: Die Kurzfristorientierung der Finanzmärkte verleitet zu unternehmensethischen Fehlverhalten. Um die jeweilige Eigenkapitalrendite möglichst hoch zu treiben, wird Eigenkapital geringgehalten und auch keine hohe Liquiditätsreserve vorgehalten, obwohl dies die Funktion von Eigenkapital und Liquidität in einer Marktwirtschaft ist. Daher werden eigene Aktien zurückgekauft, womit die Risikovorsorge geschwächt wird. Gesetzeslücken oder neue gesetzliche Möglichkeiten wie beim Mietrecht werden skrupelos ausgeschöpft, indem willkürlich die Mietzahlung eingestellt wird. Dies hat bei ADIDAS zu Recht zu einer empörten Öffentlichkeit geführt, so dass das Unternehmen seine Ankündigung zurückziehen musste.

Sozialstaat: In der Krise erweist sich, wie bedeutsam ein funktionierender Sozialstaat ist. Dies gilt zum einen für das Gesundheitswesen. Ein unterfinanzierter staatlicher Gesundheitsdienst, der zwar allen offensteht und aus Steuermitteln finanziert wird wie in Großbritannien, bewährt sich ebenso wenig, wie ein System wie in den USA, wo eine verpflichtende Krankenversicherung als unzulässige Freiheitsbeschränkung gilt. Weiterhin kann die Abfederung der Krise für Arbeitnehmer durch Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld, sowohl Kaufkraft sichern und die Wirtschaft stabilisieren, aber auch verhindern, dass größere Teile der Bevölkerung schnell verarmen.

Wohnungsmarkt: In einer Zeit von Homeschooling und Quarantäne spielt die Wohnungsgröße eine wichtige Rolle. Das sozialpolitische Ideal ist eine Mindestgröße für Mehrpersonenhaushalte, dass ein Zimmer für jede Person rechnerisch zur Verfügung steht. Dann könnten sich Personen jeweils in ein Zimmer zurückziehen, Kinder könnten – nicht nur zurzeit – sondern immer in Ruhe Hausaufgaben machen und lernen. Dies könnte generell Bildungschancen verbessern und innerfamiliäre Konflikte reduzieren.

Handlungsfähiger Staat: Eine solche Krise bedarf eines handlungsfähigen Staates. Dieser muss den Vorrang der Politik vor wirtschaftlichen Interessen durchsetzen können und nicht von ökonomischen oder anderen Lobbys (Fußball) gehindert sein, rechtzeitig Maßnahmen durchzusetzen. So wurde offensichtlich die Ski-Saison in Tirol nicht rechtzeitig abgebrochen oder italienisch-spanische Fußballbegegnungen in Bergamo durchgeführt, die dann zur schnellen Ausbreitung führten. Weiterhin muss die staatliche Administration im Umfang und in der Qualifikation so ausgebaut sein, dass sie die notwendigen Maßnahmen auch effektiv umsetzen kann. Ebenso muss in Regierung und Verwaltung das notwendige Vertrauen bestehen, so dass die Mehrheit der Bevölkerung freiwillig behördliche Anweisungen befolgt.

Herausforderungen durch die Coronakrise selbst

Finanzierung der Krise und ihrer Folgen: Als Reaktion auf die Krise haben die Staaten ihre Bereitschaft erklärt, die Wirtschaft mit hohen Staatsausgaben zu stabilisieren und hohe Kreditvolumina bereitzustellen. Damit wird die Staatsverschuldung in Deutschland und mehr noch in anderen Ländern deutlich steigen. Es stellt sich daher die Frage, wie eine gerechte Schuldenfinanzierung stattfinden kann. Ansatzpunkte dabei könnten die genannte Finanztransaktionssteuer sein, die Belastung umweltschädlichen Konsums und eine stärkere Besteuerung hoher Einkommensgruppen. Welches Volumen dazu notwendig ist, lässt sich aber erst absehen, wenn die Gesamtrechnung vorliegt.

Europa: Auf die Krise haben die EU-Staaten zunächst unabgestimmt mit nationalen Entscheidungen z. B. über die Schließung der EU-Binnengrenzen und die Unterbrechung des Reiseverkehrs (Eisenbahn und Fluglinien) sowie mit Exportverboten von medizinischem Gerät reagiert. Später hat es durch die Übernahme einiger ausländischer Patienten bei Überlastung der Gesundheitssystem von anderen EU-Mitgliedsländern Symbole der Solidarität gegeben. Wenn die ökonomischen Krisenmaßnahmen zurückgenommen werden können, wird sich zeigen, wie schwer der Wirtschaftseinbruch in den einzelnen EU-Ländern ist. Ohne europäische Hilfe wird in einigen EU-Ländern die Wirtschaft nicht wieder

hinreichend schnell in Gang kommen. Leider zeigen alle Erfahrungen der Vergangenheit, etwa die EU-Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit nach der Finanzkrise, dass Hilfgelder nicht abfließen und ungenutzt bleiben, weil Politik und Verwaltung in Problemländern nicht in der Lage sind, die Mittel sinnvoll einzusetzen. Im schlimmsten Fall führen EU-Programme dazu, dass die organisierte Kriminalität (Mafia) mitverdient oder Mittel bei korrupten Politikern, Parteien und Verwaltungsbeamten hängen bleiben. Daher sollte die Krise in einigen EU-Ländern auch eine Reform ihrer politischen Systeme anstoßen.

Die Coronakrise bietet Hoffnungen

Entlohnungssysteme: Als die Fußballbundesliga gegründet wurde, gab es Obergrenzen für die Fußballergehälter, die damals in der Größenordnung von Facharbeitern lagen. In der Gegenwart verdienen die Topverdiener in ein bis zwei Monaten ein Einkommen, das dem Lebenseinkommen von durchschnittlichen Arbeitnehmern entspricht. Eine ähnliche Entwicklung gibt es im Bereich von Popkünstlern, die in ihren Konzerttourneen hohe Einkommen erzielen. In der Krise zeigt sich, dass die Gesellschaft auf diese Hochbezahlten verzichten kann, während viele gesellschaftlich notwendige Personen (Verkäufer, Pflegekräfte), die mehrheitlich Frauen sind, sich nur in unteren und mittleren Einkommensgruppen finden.

Arbeitsbeziehungen: Während der Krise arbeiten viele Arbeitnehmer/innen im Homeoffice. Viele Arbeitgeber, aber auch viele Vorgesetzte des mittleren und unteren Managements standen bisher Homeoffice vielfach skeptisch bis ablehnend gegenüber. Sie meinten, die Arbeitnehmer/innen müssten physisch anwesend sein und von ihnen überwacht werden, damit sie richtig arbeiten. Diese Misstrauenskultur in hierarchisch ausgerichteten Unternehmen könnte sich als überholt erweisen, so dass den Arbeitnehmer/innen als Personen mehr Eigenständigkeit und Eigenverantwortung zugetraut wird. Da der Betrieb aber auch wichtige soziale Beziehungen vermittelt, wird vielfach eine Kombination von Homeoffice und zeitweiser Präsenz im Unternehmen in Zukunft sinnvoll sein.

Mehr Lebensqualität statt Konsum: Der Stopp des Reiseverkehrs und die Schließung vieler Läden führt dazu, dass Menschen in der Freizeit sich in der näheren Umgebung zu Fuß oder mit dem Fahrrad bewegen. Sie haben mehr Zeit für Familienangehörige und einzelne Freunde. Soweit nicht exzessive Bestellungen im Online-Shopping vorgenommen werden, bleiben bei vielen Haushalten mit mittleren und höheren Einkommen in Deutschland, soweit sie nicht entlassen oder in Kurzarbeit sind, erhebliche Einkommensbestandteile übrig. Daher könnte eine Folge des Coronavirus sein, ob nicht Arbeitszeitverkürzung mit Lohnverzicht (z. B. 30-32 Std. Woche Regelarbeitswoche) attraktiv wäre. Können nicht mehr Freizeit und weniger materieller Konsum mehr Lebensqualität bieten, vor allem auch für Familie mit Kindern? Für niedrige Einkommen wird dies nicht möglich sein, so dass geringere Einkommensunterschiede anzustreben sind.

Mehr Klima- und Umweltschutz: Die vorstehenden Perspektiven könnten zu mehr Klima- und Umweltschutz führen. Bei einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung könnte einer exzessiver und umweltbelastender Konsum Wohlhabender zurückgehen. Homeoffice kann den Pendelverkehr reduzieren. Ebenso könnten Arbeitszeitverkürzungen mit Einkommensverzicht die Anzahl von Fernreisen reduzieren und Konsum von Gütern, die nicht genutzt, sondern noch brauchbar entsorgt werden, und bei denen Shopping Selbstzweck ist, vermindert werden.

Flexibilität der Marktwirtschaft: Als die Coronakrise eingetreten war, haben eine Reihe von Unternehmen sehr schnell überlegt, was sie angesichts des steigenden Bedarfs an Mundmasken, Desinfektionsmitteln, Schutzkleidung und Beatmungsgeräten beitragen können. Sie haben ihre Produktion auf diese Güter sehr schnell umgestellt. Dies lässt hoffen, wenn die entsprechenden Signale gesetzt werden, dass auch Erfindungsreichtum und Innovationsfähigkeit von Unternehmen zur Bewältigung von anderen Herausforderungen wie dem Klima- und Umweltproblemen genutzt werden können.